

#### **Vorbemerkungen:**

Der Rhein-Sieg-Kreis hält kreiseigene Rettungswachen vor, die von Hilfsorganisationen betrieben werden. Aufgrund der bestehenden Gebührensatzung des Kreises für den Rettungsdienst werden die durch die kreiseigenen Wachen erbrachten Leistungen des Rettungsdienstes (mit Ausnahme des Krankentransportes) beim Rhein-Sieg-Kreis abgerechnet.

Auf der Grundlage einer neu eingeführten Abrechnungssoftware besteht nunmehr auch für andere Kommunen, die eigene Rettungswachen vorhalten, die Möglichkeit, ihre eigenen rettungsdienstlichen Leistungen zentral beim Rhein-Sieg-Kreis abrechnen zu lassen.

Nach den Vorschriften des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit können Gemeinden und Gemeindeverbände öffentlich-rechtliche Vereinbarungen abschließen.

#### **Erläuterungen:**

Die Stadt Siegburg und der Rhein-Sieg-Kreis haben sich darauf verständigt, dass die städtischen rettungsdienstlichen Leistungen (Einsätze des Rettungstransportwagens -RTW- und des Notarzteinsatzfahrzeuges -NEF-) ab dem 01.06.2010 von der Abrechnungsstelle des Rhein-Sieg-Kreises zentral abgerechnet werden. Hierzu soll die als Anhang beigefügte öffentlich rechtliche Vereinbarung geschlossen werden. Rechtsgrundlage bleibt die jeweils gültige Gebührensatzung der Stadt Siegburg.

Für die Übernahme der Abrechnung durch den Rhein-Sieg-Kreis ergibt sich ein zusätzlicher Personalbedarf im Bereich des Bevölkerungsschutzes und der Kasse, der jedoch durch die vorgesehene Kostenerstattungsregelung abgedeckt wird. Die Einzelheiten zur Erstattung der Personal- und Sachkosten sollen in einer Zusatzvereinbarung zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung geregelt werden.

Da die öffentlich-rechtliche Vereinbarung bereits am 01.06.2010 in Kraft treten soll und die nächsten Sitzungen von Kreistag (01.07.2010) und Kreisausschuss (28.06.2010) nach der Finanzausschusssitzung am 18.05.2010 erst nach diesem Zeitpunkt terminiert sind, ist die Beschlussfassung im Wege einer Dringlichkeitsentscheidung nach § 50 Abs. 3 KrO NRW erforderlich.

Im Auftrag

(Berger)

Zur Sitzung des Finanzausschusses am 18.05.2010